

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 111 (1985)
Heft: 17

Rubrik: Blick in die Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz mit Koinzidenz

Wir müssen damit leben, dass zwei Ereignisse zusammentreffen. Und dass sie erst dank dieser Koinzidenz unsere Aufmerksamkeit erregen. Manchmal koexistieren existente Ereignisse, die koinzidieren, in der gleichen Zeitungsausgabe. Das mag verwirrend klingen, ist aber nicht ungewöhnlich.

Krankheit und Gesundheit

Die Koinzidenz der Fälle hatte neulich die erfreuliche Folge, dass ich zu verstehen begann, weshalb der Bundesrat die Volksinitiative

Von Bruno Knobel

für die Abschaffung der Vivisektion ablehnt: Er fürchtet um den Fortschritt in der Medizin, wenn Tierversuche entfallen müssten. Und auf diese Medizin sind auch unsere politisch hohen Tiere dringend angewiesen. Der gesundheitshalber erfolgte Rücktritt von Rudolf Friedrich schon nach zweijähriger Amtszeit war nur ein früher Alarm für das, was auf uns noch zukommen wird. Denn was Mitte März koinzidental geschah, lässt böses ahnen: Bundesrat Schlumpf lag mit hohem Fieber grippekrank im Bett; sein Kollege Egli, eben erst von einer Krankheit leidlich genesen, aber offenbar noch schwach auf den Beinen, stürzte und lädierte eine Rippe und weilte deshalb mehr beim Arzt, um sich sein Inneres reparieren zu lassen, als in seinem Departement des Innern; und Bundesratskollege Aubert konnte nicht einmal an Tschernenkos Beerdigung teilnehmen, weil er an einem Leistenbruch leidet, der eine chirurgische Operation erforderlich macht und von aussenpolitischen Operationen abhält ...

Wir könnten nun mahnen sagen: «Tz-tz-tz, aber, aber! Wir brauchen doch bei Gott mehr denn je gesunde Bundesräte!» Andererseits: Ihre Gebrechen bringen die Bundesräte uns, dem gemeinen Volk, doch ungemein nahe. Und vielleicht wollen sie gar nicht gesund sein, weil sie mit Lichtenberg denken: «Das Gefühl von Gesundheit erwirbt man sich nur durch Krankheit.»

Freund und Helfer

Im Fall des offenbar sehr grossen Verhaltens von Genfer Polizisten gegenüber einem Grüpplein von Anhängern der Friedensbewegung, die demonstrierten, wäre noch kein Anlass gewesen, aufzumerken, da uns die Nachrichtensendungen der Fernsehstationen diesbezüglich schon reichlich abgestumpft haben. Zu diesem Vorfall hinzu trat jedoch ein anderer: Zwei prominente deutsche Grüne, Bundesparlamentarier, auch Friedensmarschierer, aber bekannt für ihr gewaltloses Verhalten, waren in anderer Absicht ebenfalls in Genf und dort Zeuge des Polizeieinsatzes, worauf sie sich aus Solidarität mit den Demonstranten ebenfalls von der Polizei abführen liessen. An einer Pressekonferenz in Bonn beschrieben sie glaubwürdig das «unverhältnismässige Vorgehen» der Genfer Ordnungshüter, die «rüde und aggressive Atmosphäre» bei der Einvernahme und die «totale Arroganz» der Polizei. Selbst in der DDR, so erklärten sie, seien sie besser behandelt worden.

Man könnte, wie gesagt, nach Lektüre dieser Nachrichten zur Tagesordnung übergehen und aufkeimenden Ärger besänftigen mit dem Gedanken, die vom Rummel um internationale Konferenzen arg gebeutelte Genfer Polizei sei wohl ein wenig übernervös gewesen. Doch zwei Seiten weiter in der Zeitung wurde geklagt über die Luzerner Polizei und dabei daran erinnert, dass vor einiger Zeit auch gegen die Zuger Polizei ähnliche Vorwürfe erhoben worden seien. (Was die Erinnerung wachrief an die Tatsache, dass ja auch der stramme Ordnungswille der Zürcher Polizei so weit geht, dass Benützer öffentlicher Pissoirs gewärtigen müssen, registriert zu werden.) In besagter Kritik war die Rede davon, in den Polizeikorps nehme die «militärische Note» zu.

Ich möchte da vor allem das Militär in Schutz nehmen und davor warnen, die Vokabel «militärisch» zu missbrauchen. Man lernt zwar hierzulande in der Armee, Wirkung komme vor Dekkung, aber andererseits wird auch und vor allem die *gezielte* Schussabgabe gelehrt und weniger der Zufallstreffer durch Streueuer aus der Hüfte.

Parteien und Komitees

Auf einen geradezu klassischen Fall von Koinzidenz stiess ich in einer Tageszeitung, in der auf Seite 19 die Präsidentin einer lokalen politischen Partei gegen Abstimmungskomitees vom Leder zog. Diese entwerteten die Parteien, schrieb sie; Abstimmungskomitees nährten sich von Namen und Gesichtern statt von Wertvorstellungen, Grundsätzen und Sachargumenten (wie die Parteien). Und wer hätte nicht ihren Ärger nachzufühlen vermocht, wenn er an jene Inserate denkt, auf denen, vor Abstimmungen, neben der fettgedruckten Parole «Ja» (oder «Nein») nichts anderes steht als eine kleingedruckte, aber unendlich lange Liste von Namen Prominenter, die für besagte Parole gutstehen und deren politische Farbe oft quer durch die Parteienlandschaft reicht. Auf Seite 21 dann ging es – in anderem Zusammenhang – akkurat um einen Prominenten, nämlich um einen Nationalrat, der seinen Namen einem Abstimmungskomitee gegeben hatte. Sein Name wurde vom *Befürworter*-Komitee genüsslich inmitten einer respektablen langen Liste von Namen anderer Honorablen publiziert – aber schlicht wieder neutralisiert, denn auch ein *gegnerisches* Komitee reicherte seine inserierte Liste mit dem Namen *desselben* Nationalrats an. Und das, so meine ich, dürfte endlich einmal richtig verstandene Koexistenz sein.

Übrigens: Wie es denn dazu gekommen sei, dass er beiden Komitees angehört habe, wurde der Herr Nationalrat gefragt. Er erklärte: «Mir fehlt jede Erinnerung daran.»

Die Koinzidenz wurde dadurch noch auf die Spitze getrieben, dass sich im selben Blatt ein Inserat fand für «geruchlose Knoblauch-Pillen (mit Rutin-Zusatz) gegen Gedächtnisschwäche».

Grüne und Grüne

In manchen kantonalen Parlamenten stand (oder steht zurzeit noch) die Frage zur Debatte, ob (und wie stark) die Benützer von Katalysatoren bei der Verkehrssteuer begünstigt werden sollen. Die Gleichzeitigkeit solcher Be-

ratungen in verschiedenen Kantonen vermag allerdings nicht die Tatsache zu verschleiern, dass im einen Parlament die «Grünen» für solche Steuervergünstigungen sind, in andern aber *dagegen*. Das hat nichts mit Verwirrung zu tun, sondern mit der unterschiedlichen Interpretation dessen, was man «Grundsätzliches» nennt.

Denn grundsätzlich muss man ja wohl dafür sein, wenn damit die freiwillige Einführung von Katalysatoren gefördert und beschleunigt und damit die Luftverschmutzung gemildert und dem Wald geholfen werden kann.

Andererseits muss man – ebenso grundsätzlich – ja wohl zum Grundsatz von den gleichen Rechten stehen. Und da lässt sich nicht leugnen, dass eine gewisse Ungerechtigkeit darin liegt, dass ein Autofahrer, der dank der Verwendung eines Katalysators weniger Schadstoffe verbreitet, steuerlich begünstigt wird, nicht aber ein über *kein* Auto verfügender Fussgänger, dessen Schadstoffausstoss sich schlimmstenfalls auf das schlechte Parfüm eines falsch gewählten Deodorants beschränkt.

(Es gibt im übrigen ähnliche andere Fälle von Ungleichheit: Wenn z.B. Leute, die statt mit Oel mit Wärmepumpen heizen, am einen Ort [via Stromtarif] begünstigt, andernorts [oft sogar im gleichen Kanton und auch via Stromtarif] bestraft werden.)

Weshalb eigentlich schafft man für Leute, die «auf den öffentlichen Verkehr umsteigen», zu Lasten des Steuerzahlers verbilligte Abonnements, denkt dabei aber nicht (auch) an den (an dieser Vergünstigung mittragenden) Steuerzahler, der nicht mit Bus oder Tram fährt, weil er das *Velo* benützt – und dafür ein Nummernschild noch immer berappen muss. Und warum denkt man auch hier nicht auch wieder an den Fussgänger?

Der Nebelspalter brennt darauf, endlich einmal darüber berichten zu können, dass (zur Förderung des Umweltschutzes, zum Schutze des Waldes etc.) landesweit die Kosten für das Neubesohlen schadhaft gewordener Schuhe entweder von der Wehrsteuer abgezogen werden dürfen oder vom Bund subventioniert werden.

Reklame

Die Zahnpasta enthalten soll Kamille, also nimm Trybol

Trybol Kräuter-Mundwasser und Zahnpasta **Trybol**